

Antrag

auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 12 Abs. 1 des Gaststättengesetzes (**Gestattung**)
zur vorübergehenden Ausübung

- einer Schankwirtschaft
- mit Ausschank von
alkoholischen Getränken

Der Antrag kann im Einvernehmen mit der Erlaubnisbehörde auch mündlich gestellt werden. Diese kann auf Angaben und Unterlagen verzichten, wenn dies unter Berücksichtigung von Art und Umfang der Veranstaltung und der Belange Dritter möglich ist.

Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten im gaststättenrechtlichen Konzessionsverfahren nach § 10 Abs. 2 Landesdatenschutzgesetz

Rechtsgrundlage und Zweck der Datenerhebung

Wer vorübergehend aus besonderem Anlass ein Gaststättengewerbe im Sinne des Gaststättengesetzes (GastG) betreiben will, bedarf einer jederzeit widerrufbaren Erlaubnis nach § 12 Abs. 1 GastG (Gestattung).

Die mit dem Antragsvordruck erhobenen Daten dienen ausschließlich der Feststellung der persönlichen Zuverlässigkeit der Antragstellerin oder des Antragstellers, der Antragsberechtigung, der Beurteilung der Eignung der für den Betrieb vorgesehenen Räume sowie der Überwachung der Gewerbeausübung. Die personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des § 11 der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 31 des Gaststättengesetzes erhoben und verarbeitet.

Weiterverarbeitung der Daten im gaststättenrechtlichen Verfahren:

Antragstellerinnen oder Antragsteller haben grundsätzlich selbst die für das unter erleichterten Voraussetzungen durchzuführende Antragsverfahren erforderlichen Angaben zu machen und die notwendigen Unterlagen beizubringen.

Ist die Beteiligung weiterer Stellen für das Antragsverfahren erforderlich, so wird die Antragstellerin oder der Antragsteller darüber unterrichtet.

Nach Abschluss des Verfahrens werden folgende Behörden über die Erteilung der Erlaubnis unterrichtet: Polizeistation Lütjenburg und die Lebensmittelaufsicht des Kreises Plön durch Zweitschrift des Erlaubnisbescheides ohne Anlagen. Dem zuständigen Finanzamt wird auch eine Zweitschrift ohne Anlagen übersandt. Auf die Einhaltung der steuerlichen Aufzeichnungs- und Erklärungspflichten in diesen Fällen wird hiermit hingewiesen (Mitteilungsverordnung vom 7. September 1993 – BGBl. I S. 1554).

- 1 Personalien der Antragstellerin oder des Antragstellers bzw. der Vertreterin oder des Vertreters der juristischen Person oder des nichtrechtsfähigen Vereins
(bei mehreren Antragstellerinnen oder Antragstellern bzw. Vertretungsberechtigten ist Nr. 1 dieses Antrages für jede Person auszufüllen)

Familienname und Geburtsname, falls dieser vom Familiennamen abweicht

–

Vorname/n

Geburtsdag u.–ort

Wohnsitz

Bei Antragstellung für juristische Personen / Gesellschaften / nicht rechtsfähige Vereine:

Firma / Vereinsname

Betriebssitz

- Ist ein Strafverfahren anhängig ? Ja Nein
- Ist ein Bußgeldverfahren wegen Verstößen im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit anhängig ? Ja Nein
- Ist ein Gewerbeuntersagungsverfahren nach § 35 Gewerbeordnung anhängig ? Ja Nein
- Unterrichtungsnachweis nach § 4 Abs. 1 Nr. 4 Gaststättengesetz liegt bei
 wird nachgereicht

2 Angaben zu Betriebszeit und –ort

Die Gestattung wird beantragt für den Zeitraum

(Tag / Uhrzeit des Betriebsbeginns und –endes) (Ort, Straße, Platz)

Der beabsichtigten Gastronomie liegt folgender besonderer Anlass zugrunde:

Bei Betriebsort auf einer öffentlichen Fläche:

Sondernutzungserlaubnis liegt vor
 ist beantragt
bei Behörde _____

3 Angaben zum Betrieb

Ist die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen / Mitarbeitern vorgesehen ? Ja Nein

Toilettenanlagen (für Schank- u. Speisewirtschaft mit angebotener Sitzgelegenheit und bei Ausschank von alkoholischen Getränken)
für Gäste

Zahl der Sitzbecken für Damen: _____

Zahl der Sitzbecken für Herren: _____

Länge der Stehbecken (Urinale) in lfd.m _____

Sonstige Toilettenanlagen:

für Beschäftigte

Zahl der Sitzbecken für Damen: _____

Zahl der Sitzbecken für Herren: _____

Länge der Stehbecken (Urinale) in lfd.m _____

Sonstige Toilettenanlagen:

Anzahl der Stellplätze: _____

Bei Veranstaltungen

in geschl. Räumen/Zelten max. Personenzahl: _____

Ich versichere / wir versichern die Richtigkeit der vorstehenden Angaben. Mir/Uns ist bekannt, dass bewusst falsch gemachte Angaben zur Versagung der beantragten Erlaubnis oder zum Widerruf der bereits erteilten Erlaubnis führen können. Die Hinweise über die Verarbeitung personenbezogener Daten habe ich / haben wir zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller/in